

**Sende-Sperrfrist: 20. Juni 2016, 10:30 Uhr**

**Es gilt das gesprochene Wort**

## **PRESSESTATEMENT**

von

**Anton F. Börner**

Präsident des Bundesverbandes Großhandel,  
Außenhandel, Dienstleistungen e. V. (BGA)

**Brexit: Was wird aus Europa ohne Großbritannien?**

**Berlin, 20. Juni 2016, 10:30 Uhr**

**Tagungszentrum im Haus der Bundespressekonferenz  
Schiffbauerdamm 40, 10117 Berlin**

Sehr geehrte Damen und Herren,

in drei Tagen entscheiden die Briten über ihre weitere Mitgliedschaft in der EU. Ein Austritt - und das habe ich schon mehrmals verlauten lassen – wird niemanden nutzen. Im Gegenteil: er wäre eine Katastrophe für alle und vor allem auch für uns in Deutschland. Es gibt keine Gewinner, sondern nur Verlierer. Auch die Briten selbst würden dazu gehören. Gerade deshalb rechne ich fest damit, dass die Briten für einen Verbleib in der EU stimmen werden.

Doch was wären die Folgen eines Austritts?

Meine Damen und Herren, ich möchte zunächst auf die wirtschaftlichen und dann auf die politischen Konsequenzen eingehen.

Natürlich ist bei einem Ja zum Brexit Großbritannien nicht sofort am nächsten Tag kein EU-Mitglied mehr. Vielmehr wird eine zweijährige Austrittsverhandlung folgen, die sich bis Mitte 2018 hinziehen kann. In dieser Zeit bleibt Großbritannien noch Mitglied in der EU und partizipiert zunächst auch noch uneingeschränkt vom Binnenmarkt. Dennoch wird während dieser Hängepartie große Unsicherheit herrschen, solange sich die künftigen Wirtschaftsbeziehungen in der Schwebe befinden. Die unproduktiven Transaktionskosten werden sich auf beiden Seiten beträchtlich erhöhen.

Sofort wird sich der Austritt aber am Finanzmarkt zeigen. Das bereits jetzt schon schwächelnde Pfund wird weiter unter Druck geraten und gegenüber Dollar und Euro kräftig verlieren. Sicherlich wird sich die Entscheidung auch am Aktienmarkt niederschlagen. Insbesondere werden auf die englischen Aktienmärkte schwere Zeiten zukommen.

In den anstehenden Verhandlungen im Falle eines Brexit wird es vor allem um den Zugang zum Binnenmarkt und den Finanzsektor gehen. Gerade Letzteres ist für die Briten von existenzieller Bedeutung. Denn auch wenn Großbritannien kein Mitglied der Währungsunion ist, wickeln doch sehr viele Marktteilnehmer aus der Eurozone dort ihre Finanzgeschäfte ab.

Grundsätzlich können sich die Briten für eine Mitgliedschaft im Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) aussprechen und damit dem Beispiel Norwegens folgen. Sie

hätten dann freien Zugang zum Binnenmarkt bei Waren und Dienstleistungen. Allerdings würden sie damit auch allen Regulierungen ausgesetzt sein, nur dass sie diese nicht länger mitbestimmen können. Somit dürfte es unwahrscheinlich sein, dass sich die Briten darauf einlassen. Ein anderer Weg wäre ein Sonderzugang nur für Waren wie es die Schweizer praktizieren. Damit unterliegt die Schweiz mit ihrem Finanzsektor nicht mehr den EU-Regulierungen. Das hat aber den Nachteil, dass ihr Marktzugang erheblich eingeschränkt ist. Auch dies werden die Briten sicherlich nicht wollen, da für sie der Finanzsektor von großer Bedeutung ist. Von daher eignen sich die bisherigen Modelle nicht als Blaupause und so wird eine neue Variante einer Sonderregelung sehr wahrscheinlich sein. Aber hier muss auch die EU mitspielen und hierzu haben wir ja in den letzten Tagen in der Presse auch schon einiges gehört. Folgen können daher Zölle, neue Marktzugangsregeln und enorme Bürokratie sein.

Meine Damen und Herren,

welche Konsequenzen hat das für Deutschland? Großbritannien ist einer der bedeutendsten Handelspartner Deutschlands.

Es ist mit einem Volumen von 89 Milliarden Euro in 2015 unser dritt wichtigster Exportmarkt. Es dominieren hier Kraftwagen und Kraftwagenteile sowie chemische und pharmazeutische Güter. In allen wichtigen Warengruppen erzielt Deutschland deutliche Handelsüberschüsse. Jede Einschränkung des Handels trifft daher Deutschland besonders.

Mehr als 2.500 deutsche Unternehmen verfügen über Niederlassungen in Großbritannien und beschäftigen rund 370.000 Mitarbeiter. Umgekehrt sind in Deutschland ca. 3.000 britische Unternehmen engagiert. Die deutschen mittelbaren und unmittelbaren Direktinvestitionen in Großbritannien lagen 2014 bei etwa 121 Mrd. Euro, die britischen mittelbaren und unmittelbaren Direktinvestitionen in Deutschland bei 49 Mrd. Euro.

Zwar gewinnt Großbritannien mit einem Austritt aus der EU vermeintlich an Souveränität. So wird das Land Freihandelsabkommen mit jedem anderen Staat schließen können. Allerdings muss man auch sehen, dass das Vereinigte Königreich mit einem BIP von etwas über 2,5 Billionen Euro künftig alleine wesentlich weniger

wirtschaftliches Gewicht in die Waagschale wirft als die EU mit dann immer noch mehr als 12 Billionen Euro. Während also Europa rund 15 Prozent seiner Wirtschaftsleistung einbüßt, sind dies für Großbritannien ohne die EU 85 Prozent! Es wird schon von daher nicht unbedingt leichter, mit Ländern wie beispielsweise Südkorea zu verhandeln und es ist gut möglich, dass Großbritannien nicht die gleichen Konditionen aushandeln kann, wie das wirtschaftliche Schwergewicht EU. Einmal ganz davon abgesehen, was vom britischen BIP noch bleibt, wenn die Londoner City nicht mehr Nabel der Finanzwelt ist.

Bei den politischen Konsequenzen müssen wir uns auch darüber im Klaren sein, dass Großbritannien neben Deutschland das einzige EU – Mitgliedsland ist, das sich so vehement für marktwirtschaftliche Elemente und Unternehmertum einsetzt. Seit seinem Beitritt 1973 hat das Vereinigte Königreich auf eine wettbewerbsorientierte Ausrichtung der EU bestanden. Sicherlich wird es bei einem Austritt noch schwieriger werden, diese marktwirtschaftlichen Ansätze weiter voranzutreiben. Dadurch wird aber die Europäische Union als Ganzes in Mitleidenschaft gezogen.

Ferner wird immer wieder darauf hingewiesen, dass ein Austritt zu einem weiteren Referendum in Schottland führen dürfte. Gerade hier ist eine große Anzahl von Bürgern für einen Verbleib in der EU. Kaum gesehen werden aber die Konsequenzen für Nordirland. Auch hier ist der überwiegende Teil der Bevölkerung für einen Verbleib in der EU. Ein Irland in der EU während Nordirland draußen ist, könnte gerade Befürwortern eines vereinten Irland neuen Auftrieb geben. Ebenso schwer ist vorstellbar, dass die EU-Außengrenze zwischen Nordirland und Irland verlaufen soll, zumal zwischen ihnen gute Handelsbeziehungen bestehen. Dann hätte Großbritannien künftig nicht nur vier Fußballmannschaften!

Eine weitere politische Folge wird die Sogwirkung in anderen Mitgliedstaaten sein, wenn erstmals ein Staat aus der EU austritt. Gerade in solchen Ländern, in denen populistische Parteien derzeit einen sehr großen Zulauf haben und sich mehr oder weniger offen für einen Austritt aus der EU aussprechen. Aus meiner Sicht ließe das auf ein Ende der Europäischen Union hin, wie wir sie kennen. Denn es darf nicht unterschätzt werden, dass zu den kulturellen und historischen Unterschieden sich auch noch die ökonomische Schere immer weiter öffnet - was sicherlich Wasser auf die Mühlen der Europagegner in anderen Ländern ist.

Dadurch würde sich aber Europa letztlich marginalisieren. Lediglich Frankreich und Großbritannien hätten dann noch durch ihren ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat eine relative Bedeutung. Demgegenüber würde aber Europa nicht mehr als ein großer, starker und leistungsfähiger Kontinent wahrgenommen werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

egal wie die Abstimmung ausfallen wird, die Diskussion um das Europa von morgen wird und muss weitergehen. Wir müssen uns überlegen, wie wir wieder zu einer pro-europäischen Haltung in den Mitgliedstaaten schaffen, ja eine neue Begeisterung für Europa wecken. Denn sonst wird es nicht bei einem Brexit bleiben. In Frankreich, in Italien, den Niederlanden oder in Tschechien könnte sonst schon bald die nächste Abstimmung über einen Verbleib in Europa folgen. Und auch in Deutschland können Europagegner noch besser ihr Süppchen kochen.

Vor allen müssen wir den Ländern eine eigene nationale Identität lassen. Brüssel muss sich wieder mehr um die große Linie kümmern und darf sich nicht im Klein Klein verlaufen. Fragen der Migration, der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik sowie des Binnenmarktes müssen europäisch gelöst werden. Sicher gibt es auch weiterhin den Bedarf an europäinheitlichen Regeln. Gleichzeitig muss aber nicht jedes Detail harmonisiert werden. Wir müssen endlich dafür sorgen, dass das Subsidiaritätsprinzip, das seit Maastricht 1992 vertraglich verankert ist, auch mit Leben gefüllt wird. Hatte die Aufnahme im Vertrag zunächst eine Begeisterung ausgelöst, muss man heute leider feststellen, dass sich in der Praxis dadurch nicht viel verändert hat.

Um es deutlich zu sagen: die Annahme, eine Rückbesinnung auf den Nationalstaat wird unsere Probleme lösen, ist ein vollkommener Trugschluss. Nur gemeinsam werden wir die großen, vor uns liegenden Herausforderungen meistern können. Gemeinsam heißt aber eben auch, zu schauen, was sollte europäisch gelöst werden und was lieber dezentral durch die Mitgliedstaaten.

Das Schlimmste für die Wirtschaft sind Unsicherheit und Vertrauensverlust, weil dringend notwendige Investitionen aufgeschoben werden und somit ausbleiben. Kommt es zum Brexit, droht beides über Jahre. Das ist fatal für Großbritannien aber auch für Gesamteuropa. Es wird zu erheblichen Wohlfahrtsverlusten führen mit allen

negativen Auswirkungen auf die Euroschuldenkrise, die Arbeitslosigkeit und die Hoffnung auf Besserung. Die Unsicherheit wird zusätzlich noch dadurch erhöht, dass in zwei wichtigen europäischen Ländern – Frankreich und Deutschland – Wahlen anstehen, was diese in den kommenden Monaten handlungsunfähig macht.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.